

Der 1. August 1945.

In den letzten Tagen des Juli 1945 wurde - erst gerüch-  
weise, dann amtlich - bekannt, daß zufolge der unter den Alliierten  
getroffenen Abmachungen das Mühlviertel von den USA-Truppen ge-  
räumt werden sollte. Es wurde die Übergabe dieses Raumes an die  
Rote Armee angeordnet.

Zu diesen Zeiten lebte der Kreis der Bevölkerung, der  
mehr oder minder der Ideologie des Nationalsozialismus verfallen  
war, unter einem ständigen Druck, da zu befürchten war, daß man  
in irgendeiner Form für die Ungeheuerlichkeiten, die das vergangene  
Regime auf sich geladen hatte, mit zur Rechenschaft gezogen werde.  
Wenn nun in jenen Zeiten die Alliierten in der Auffassung über  
die Art, wie die "Faschisten" zu behandeln seien, fast der gleichen  
Meinung waren, so fürchteten die in Urfahr wohnenden ehemaligen  
Parteigenossen doch von den Russen eine weit schlimmere Behandlung  
in allen Belangen.

So entstand in den letzten Julitagen des Jahres 1945  
eine wahre Massenbewegung. Sie verstärkte sich in ganz besonderem  
Ausmaße, als die Bevölkerung mit ansehen mußte, wie die abziehenden  
amerikanischen Besatzungstruppen bewegliches Gut in großen Mengen  
abtransportierten und zwar nicht nur ihr eigenes, sondern auch das  
der Österreicher. Tag und Nacht rollten die Transporte mit Vor-  
räten und Waren aller Art, Industrieeinrichtungen, Maschinen,  
Geräten, Möbeln, Einrichtungen der gewerblichen Wirtschaft, der  
Ämter und Behörden über die Brücken nach Linz. Selbst die Ein-  
richtungen der Straßenbeleuchtung, soweit sie beweglich waren,  
wurden abmontiert und fortgeschafft. Die Menschen trachteten ihre  
Möbel und sonstige Habe in Sicherheit zu bringen und wenn dies  
geschehen war, dann lag und stand Hab und Gut auf Straßen des süd-  
lichen Ufers, in Anlagen und Plätzen herum, da man in der Hast  
und Eile für eine Unterbringung nicht vorgesorgt hatte.

So war am 31. Juli 1945 die Besetzung des Linzer Stadtteiles Urfahr durch die amerikanischen Truppen zu Ende.

Und damit war ein organisch gewachsenes, mit Bedacht gefügtes und geplantes Wesen mit einem Schlage gewaltsam von der Gesamtheit abgetrennt worden. Die Zonenabspernung wurde in der ersten Zeit sehr streng gehandhabt.

Der isolierte Stadtteil war zur Insel geworden; diese stand vor dem Nichts.

Die erste Anordnung, die die Sowjetische Besatzungsmacht erließ, war die Forderung zur Errichtung einer eigenen Stadtverwaltung. Es wurden ein Bürgermeister, zwei Vizebürgermeister und fünf Stadträte bestellt.

Der Linzer Stadtrat Ferdinand Markl wurde zum Bürgermeister von Urfahr bestellt.

Aus dem Personalstand des Magistrates Linz wurden die zur Verwaltung der Stadt benötigten Dienststellen und Ämter errichtet.

Eine der ersten Maßnahmen der schleunigst errichteten Stadtverwaltung war die Unterbringung der Besatzungstruppen.

Das private und öffentliche Leben wurde von nun an in einschneidender Weise getroffen. Die Lage war ganz unvorhergesehen, sie wurde besonders erschwert durch plötzliche Anordnungen, die kaum durchzuführen und wegen des Material- und Arbeitermangels noch ganz besonders schwierig zu erledigen waren.

Die Versorgung der durch den Krieg in jeder Beziehung schwerst getroffenen Bevölkerung war bei Beendigung der Kampfhandlungen ohnedies schon arg in Unordnung geraten. Die wichtigsten Bedürfnisse des täglichen Lebens an Nahrung, Kleidung, Heizmaterial, Wohnraum, waren ungemein schwer zu beschaffen. Die Zerreißen eines einheitlichen, auf das Ganze abgestellten Verwaltungs- und Wirtschaftsgebietes, machte eine geregelte Versorgung der Bevölkerung vorerst unmöglich. Mit größter Umsicht, mit enormem Fleiß und Geduld wurde die plötzlich entstandene Notlage behandelt und schließlich mit Erfolg gemeistert.

Neben der täglichen Obsorge für das Wohl der eigenen Bevölkerung traten zu jenen Zeiten an die Stadtverwaltung Aufgaben heran, die ansonsten niemals in Betracht gezogen werden brauchten. Sie waren gänzlich unvorhergesehen und schwierig

zu bewältigen. Ein nicht endenwollender Strom von Flüchtlingen, von Evakuierten, von Zwangsverschleppten, durch den Krieg aus der Heimat Vertriebenen, Reichsdeutschen, die von Anbeginn der Okkupation hier gehaust hatten und solchen, die bis in den Beginn des Jahres 1944 Österreich als bombensichere Landschaft betrachtet hatten, dazu die Zehntausende von ausländischen Arbeitern, die befreiten Insassen der nahen Konzentrationslager von Mauthausen und St. Georgen, all dieser unabsehbare Menschenstrom hatte sich im Mühlviertel zusammengefunden. Dann hier sollten die Kampfhandlungen enden.

All diese Menschen begehrten Nahrung, Obdach, Wartung und Heimtransport. Diese Menschenansammlung vergrößerte sich durch die zahlreichen entlassenen Kriegsgefangenen und Heimkehrer.

Diese Menschenansammlung mußte aufgelöst werden. Dabei gebrach es an allen Verkehrsmitteln. Die Bahn stand still. Auf der Donau ruhte jeder Verkehr, die Besatzungsmächte hätten einen solchen gar nicht geduldet. Ferner fehlte es an Betriebsstoff jeder Art. Es gab weder Kohle noch Benzin, es gab keine Unterkünfte, die solche Massen aufnehmen konnten, es gab kein Gas, kein Holz, keine Nahrungsmittel. Es gab nur Not.

Der Schutt lag mannshoch auf den Straßen herum, der Unrat sammelte sich an, es gab keine geregelte Kehrrichtabfuhr, die Straßenbeleuchtung war seit Wochen ausgefallen und die Sicherheit war selbst am Tage sehr gering. Zweifelhaftes Gelichter aller Art, wie sie ein verlorener Krieg in den letzten Kampfzonen als Abschaum auftauchen läßt, war überall am Werke. Nicht nur in der Umgebung der Stadt, sondern auch mitten in derselben waren Diebstähle, besonders an Vieh- und Warenvorräten, Raub- und Einbruch etwas, worüber man sich nicht mehr wunderte.

So war die Lage, als die Stadtverwaltung ihr Wirken begann.

Am 4. August 19<sup>45</sup> trafen sich die bestellten Gemeindevertreter zur konstituierenden Sitzung des Stadtrates der unter dem Zwange der Verhältnisse neuerstandenen Gemeinde Urfahr unter

2.1945

Drilling

dem Vorsitz des Bürgermeisters Ferdinand Markl.

Bürgermeister Markl begrüßte die anwesenden Gemeindevertreter und bat sie um ihre besondere Mitarbeit in diesen ernstesten Tagen. Die Aufteilung der einzelnen Referate war bereits durchgeführt worden, um ein rasches Anlaufen der Verwaltung zu ermöglichen, denn nur davon hing es ab, ob der bestehende Chaos so schleunig als nur irgend möglich zu bewältigen war.

Die Referate wurden wie folgt aufgeteilt:

Bürgermeister: Verfassung, Besatzungsbehörde, Finanzen, Vermögen, Rechtsangelegenheiten, Fremdenverkehr;

Vizebürgermeister Grinzinger: Industrie, Gewerbe- und Treuhänderbestellung, Stadtwerke (Gas-, Wasser und Schlachthof) Arbeiterlager, Stadtgarten, Holzbeschaffung, Schulamt;

Vizebürgermeister Ebelseder: Ernährungsamt, Versorgungsamt mit Bedarfsartikeln, Wirtschaftsamt, Marktamt, Kultur, Sport;

Stadtrat Affenzeller: Personal, Fürsorge;

Stadtrat Baumeister Hödl: Bauwesen, Wohnungswiederaufbau;

Stadtrat Multerberger: Wohnungsvergebung, Umsiedlung;

Stadtrat Hammer: Volksküche, Gesundheitswesen;

Stadtrat Hofbauer: Fahrbereitschaft, Feuerwehr, Landwirtschaft.

Mit der Errichtung dieser Gemeindevertretung begann die eigentliche Verwaltung des Stadtteiles, der, ohne daß auch nur einer seiner Bewohner etwas dazu getan hatte, so unvermittelt und ohne auch nur im Geringsten darauf vorbereitet gewesen zu sein, aus der großen Gemeinschaft herausgerissen wurde. Von einem Körper auf Grund einer Vereinbarung zwischen den Siegermächten abgetrennt, ohne sich um die Tatsache zu kümmern, daß hier mit Gewalt in das natürliche und gesunde Wachstum einer bewährten Organisation eingegriffen wurde, galt es, die Belange der Bevölkerung nunmehr unter augenblicklich aussichtslosen Voraussetzungen zu wahren.

## Sowjetrussische Besatzungs-Ära in Urfahr.

Im Mai waren die Truppen der USA einmarschiert und hatten kurz darauf begonnen, sich häuslich einzurichten. Dann aber trat das Übereinkommen in Kraft, auf Grund dessen im Gebiet des Mühlviertels das Besatzungsregime zu wechseln hatte.

Solcherart war die Lage in Urfahr, als die Übergabe des Gebietes Mühlviertel durch die USA-Streitkräfte an jene der UdSSR durchgeführt wurde.

Und somit begann mit 1. August 1945 die Wirksamkeit der Stadtverwaltung Urfahr auf Anordnung der sowjetrussischen Besatzungsmacht.

In der bereits erwähnten konstituierenden Sitzung der nunmehr aufgestellten Vertretung der Stadt Urfahr mußten, um den Anordnungen der Besatzung Folge zu leisten, für die Gestaltung der zukünftigen Verwaltung sehr einschneidende Anordnungen und Beschlüsse gefaßt werden. Diese waren damals von nicht zu unterschätzender Bedeutung hinsichtlich der verfassungsmäßigen und verwaltungsrechtlichen Lage.

Die Mitglieder der konstituierenden Stadtvertretung mußten beschließen, daß diese den Titel "Stadtrat" zu führen hatten.

Demnach setzte sich die erste Gemeindevertretung in der Besatzungszeit 1945 aus 3 Vertretern der "Sozialdemokratischen Partei", 3 Vertreter der "Volkspartei" (ehemalige Christlichsoziale

Partei) und zwei Vertretern der Kommunistischen Partei zusammen.

Es gab in der Geschichte der Stadt niemals eine Lage, die der damaligen auch nur annähernd glich.

Das feste, eingelebte und auf das Beste bewährte Gefüge einer großen Verwaltungseinheit, wie sie seit der Verschmelzung beider Donaustädte bestanden hatte, war plötzlich zerrissen worden.

Urfahr war - wider seinem Willen - wiederum zu einer "selbständigen Stadt" geworden. Das war ein sehr einschneidendes Ergebnis in der Geschichte der ehemaligen Stadt Urfahr, bisher des Stadtteiles der zur Großstadt gewordenen Landeshauptstadt.

Die durch "höhere Gewalten" zur Tatsache gewordene "Selbständigkeit" des Stadtteiles Urfahr hat im Laufe der folgenden Jahre zu Folgerungen aller Art geführt, was nicht zu vermeiden war. Es wurde - wohl im Drange der Geschehnisse, die rasch und ohne Zutun der neuen Stadtverwaltung abliefen - versäumt, die Stellung des auf Befehl der Besatzung neugeschaffenen Verwaltungskörpers rechtlich zu fixieren. Das war bei der Entstehung der "Zivilverwaltung Mühlviertel" nicht der Fall. Hier wurde durch Bundesgesetz geordnet, was nicht zu umgehen war. Die Unterlassung einer gleichen Regelung brachte zwar für die Bevölkerung nicht das geringste aufregende Moment, denn die Anordnungen, Bescheide, Verfügungen, angenehmen und gegenteiligen Inhaltes, wurden mit den gleichen Gefühlen hingegenommen, als sie vordem von den größeren Verwaltungskörpern erlassen worden waren. Meinungsverschiedenheiten gab es daher lediglich innerhalb der beiden unfreiwillig getrennten Verwaltungen, aber auch diese ebten ab, als man einsehen mußte, daß alle Maßnahmen, die hierüber getroffen wurden, letzten Endes doch nur zwangsweise erfolgen mußten und daß die für die Verwaltung Urfahrs Verantwortlichen trotz ihrer schwierigen Lage stets und überall betonten, daß sie sich durchaus als Glieder einer einzigen und unteilbaren Stadt fühlten. Das Gleiche war nämlich nicht bei allen anderen Behörden der Fall. So gibt es neben der Zivilverwaltung Mühlviertel, die die Landesregierung ersetzt, ein Landesgendarmieriekommando Mühlviertel, eine

Bezirkshauptmannschaft Urfahr-Land, ein Bundespolizeikommissariat mit einem Polizeidirektor, der dem Bundesministerium für Inneres direkt untersteht, es besteht eine eigene Sicherheitsdirektion Mühlviertel, ein Landesgericht Linz-Nord in Urfahr, das dem Justizministerium untersteht, eine Finanzdirektion, dann viele Dienststellen der Kammern und sonstigen Einrichtungen, die vordem einmal zentral in Linz gelegen waren.

Die Stadtverwaltung von Urfahr hat niemals und an keiner Stelle verschwiegen, daß sie verwaltungsmäßig, hauptsächlich in finanzieller und persönlicher Hinsicht mit Linz eine Einheit bilden müsse und daß die Verwaltung als solche nicht anders ausgeübt werde und aufzufassen sei, wie es vergleichsweise bei einem magistratischen Bezirksamt der Bundeshauptstadt Wien der Fall sei. Die Besatzungsmacht wurde von dieser Lage und Auffassung unterrichtet und wurde sie auch von ihr akzeptiert.

Zur Erörterung solcher und ähnlicher Art war in den Tagen der Errichtung einer selbständig sein sollenden Stadtverwaltung keine Zeit, es gab Lebenswichtigeres zu tun.

Die erste Aufgabe bestand in der Errichtung eines klaglos arbeitenden Verwaltungsapparates.

So wurden die ersten Maßnahmen getroffen, die größten Schwierigkeiten festgestellt und an deren Beseitigung geschritten. Und deren gab es viele.

Da kamen die ersten Klagen aus den Liegenschaften am Stadtrande und in den ländlichen Gegenden, daß die Bevölkerung in Furcht vor den vielen Fremden, hauptsächlich Ausländern, stand, die nunmehr des jahrelangen Zwanges ledig, taten was ihnen gutdünkte, ohne auf das Gebot der Ordnung irgendwie Rücksicht zu nehmen.

Die Besatzungsbehörde hatte angeordnet, daß es den Soldaten der Roten Armee verboten sei, eigenmächtig Quartiere zu beziehen, auch wurde der Bevölkerung verboten, einem Angehörigen der Besatzung ohne Zustimmung der Kommandantur Unterkunft zu geben. Ferner gab die Kommandantur Weisung, jede Unzukömmlichkeit, die sich begeben sollte, unverzüglich zur Meldung zu bringen. Es ist

begreiflich, daß in den ersten Tagen eine ganze Reihe von Befehlen, Verfügungen und Anordnungen durch die Besatzungsbehörde erlassen worden sind, die mit größter Beschleunigung ausgeführt werden mußten. Die militärischen Rundfunkgeräte mußten abgeliefert werden, aber nicht nur diese, sondern die Polizeibehörden erhielt den Befehl, alle Rundfunkgeräte, die im Eigentum früherer Mitglieder der NSDAP gestanden waren, einzuziehen und an die Kommandantur abzuführen.

Viele Anordnungen der Besatzungsmacht deckten sich natürlich vollständig mit den Bestrebungen der Stadtverwaltung, wie die notwendige und allgemein erwünschte Säuberung der Straßen von dem Kriegsschutt aller Art, Das gleiche galt für die Wiederinstandsetzung der Straßenbeleuchtung.

Die Stadtverwaltung hatte hier eine schwere Aufgabe vor sich. Denn in jenen Tagen und noch lange nachher herrschte ein ungewöhnlicher Mangel an Arbeitskräften jeglicher Art. Es gab weder genügend Bauhandwerker noch Arbeiter in den Fabriken und Betrieben, um die vordringlichsten Arbeiten vornehmen zu können. Es wurde erwogen, die Arbeiter des Städtischen Bauhofes auch an Sonntagen einzusetzen, um den Schutt einigermaßen rasch wegschaffen zu können.

Weiters wurde eine Art Volkszählung angeordnet, um einmal nach der durchgemachten Völkerwanderung Klarheit über die Kopfzahl der zu versorgenden Bevölkerung zu erhalten, nicht zuletzt aber, um die Mitglieder der NSDAP feststellen zu können, denen ja die Besatzungsmacht nach damaliger Gepflogenheit eine ganz besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden gedachte.

Inzwischen war die Errichtung des städtischen Verwaltungsapparates so weit gediehen, daß die Bediensteten am 6. August 1945 ihre vorgezeichnete Tätigkeit aufnehmen konnten.

Die Anlieferung von Milch, die ebenfalls durch die turbulenten Ereignisse des Besatzungsmachtwechsels unterbrochen worden war, wurde wieder in Gang gesetzt. Die Sowjetbehörde ordnete sogar die Errichtung einer eigenen Molkerei an, wie überhaupt der

Grundzug des damaligen Bestrebens war, in Urfahr, beziehungsweise im Mühlviertel Einrichtungen zu schaffen, die eine vollständig wirtschaftliche und finanzielle Selbständigkeit zum Ziele hatten. Es bedurfte vieler Geduld, Standhaftigkeit und Ausdauer, um auch hier eine Lage zu schaffen, die für die Besatzung zufriedenstellend und für die Bevölkerung erträglich war. Nur war das nicht immer einfach.

Eine sehr große Sorge bereitete jetzt schon im Hochsommer die Beschaffung der notwendigen Beheizung für den Hausbrand und für die Lebensmittelindustrie, da es ja seit 31. Juli 1945 kein Gas mehr gab und Kohlen - wie Holzvorräte nicht bestanden. Dann mußte daran gedacht werden, den Schulbetrieb in Ordnung zu bringen, ein Bestreben, dem manches Hindernis im Wege stand. Die meisten Schulen waren von Truppen belegt, ehemalige NS-Mitglieder durften den Dienst nicht antreten, für die Mittelschüler mußte das Passieren der Brücke erwirkt werden.

Es fehlte in Urfahr an allem, was zum Betriebe einer Stadt notwendig ist. Es bestand kein Spital, das dafür ins Auge genommene Objekt, der Riesenhof, war von lungenkranken ehemaligen Konzentrationshäftlingen belegt. Es war infolge der Brückensperre ein grotesker Zustand, daß man sich bei einer plötzlichen Blinddarmerkrankung oder einer anderen akuten Erkrankung, die eine Operation bedingte, in jenen Tagen nicht einmal zur Operation begeben konnte. Ganz abgesehen davon, daß in Urfahr nicht einmal ein Rettungswagen vorhanden war!

Einer der ersten Wünsche, die die Kommandantur äußerte, zielte auf die Wiedereröffnung der Lichtspieltheater und die Schaffung eines richtigen Theaters. Der Theaterfachmann Direktor Mally wurde beauftragt, die hierzu nötigen Vorbereitungen zu treffen und damit trat kurze Zeit darauf das "Volkstheater Urfahr" ins Leben, das für lange Zeit eine sehr bemerkenswerte, wertvolle Tätigkeit ausübte, deren kulturelle Bedeutung einen Ruf bekam, der in seiner Blütezeit weit über das Gebiet der Stadt hinausreichte.

Es gab in der Zeit des Besatzungsmachtwechsels eine große Anzahl herrenloses, richtig gesagt, unbeaufsichtigtes Gut. Da waren die deutschen Staatsangehörigen, die bei dem plötzlichen Umbruch alles im Stich ließen, was sie nicht schleppen konnten, dann gleicherweise jenes Gut, das von den Personen zurückgelassen worden war, die sich beim Einmarsch der Sowjettruppen in einiger Entfernung davon sicherer fühlten, (sie kamen nach und nach wieder, wobei dann die Feststellung und Rückgabe ihrer Habe der Stadtverwaltung große Schwierigkeiten verursachte).

Das nächste Problem war die Verfügung über die verlassenen Wohnungen. Es galt hierbei, unter Beobachtung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen, den Ausgebombten, politisch Geschädigten und sonstigen Bedürftigen, leergewordene oder sonstwie verlassene Wohnungen zu verschaffen.

Die Kommandantur schaltete sich demnach in die Gebarung der Wohnungsvergebung sehr wesentlich ein. Zur Erstellung der verlangten Angaben wurde eine Frist von nur wenigen Tagen gestellt. Da solche Erhebungen Neueinstellung von Personal bedingten, das sofort bezahlt werden mußte, wurden Erwägungen gepflogen, wie bei der Absperrung von Linz das hierzu notwendige Bargeld zu beschaffen war. Die Stadtverwaltung verfügte nur über einen Barbestand von 50.000 RM. Es wurde demnach erwogen, Steuern in Urfahr zu kassieren (Wasser, Mietzinse und dergleichen). Die Bediensteten sollten bis zur weiteren Regelung ein Einleitungsgehalt von 150,-- RM erhalten. In Urfahr waren zu dieser Zeit 242 Bedienstete tätig.

Inzwischen gelang es, einen Krankentransportwagen vom Roten Kreuz in Linz zu erhalten und überdies ein requiriertes Auto zu einem zweiten Transportwagen umzugestalten. Letzteres sollte als Infektionswagen Verwendung finden.

Die Kommandantur war ständig vorstellig, um von dort gewünschte Arbeiten durchführen zu lassen, die zumeist die Unterbringung von Offizieren und Soldaten betrug. In Bachl wurden zwei Triumphbögen aufgestellt, an der die Soldaten Inschriften anbrachten.

Durch den Mangel an Arbeitern aller Art wurden ehemalige Nationalsozialisten zur Arbeitsleistung herangezogen, ein Umstand, der sich bei dem übergroßen Mangel an Arbeitskräften schlimm auswirkte, weil diese ihrer ordentlichen Beschäftigung entzogen wurden.

Die Frage der Errichtung eines Krankenhauses mit chirurgischer Einrichtung beschäftigte die Stadtverwaltung, es wurde an den Riesenhof gedacht, nachdem die dort gewesenen KZ-Häftlinge zum größten Teil entlassen worden waren.

Die Plünderungen in entlegenen Gegenden mehrten sich, ein Ehepaar wurde vollständig ausgeraubt, nächtliche Einbrüche ereigneten sich häufig, wobei die Bevölkerung durch die Plünderer mit der Waffe bedroht wurden. Die Kommandantur befahl Unterrichtung von allen Fällen.

Inzwischen mehrten sich die Beschwerden aus dem Kreise der Bevölkerung. Die Truppen brauchten Futter für die Pferde. Man hatte bei der Besetzung Fronttruppen vor sich, die Spitze eines ungeheuren Heeres, das sich unter schweren Umständen viele Tausende Kilometer durchgekämpft hatte. Nun hatten diese Kampftruppen am Ende des Krieges den wesentlichsten<sup>x)</sup> Punkt ihres Marsches erreicht und es bedurfte einer Zeit, um den Kriegsbetrieb auf das Friedenswesen umzustellen.

Demnach war es nicht verwunderlich, wenn in diesen Zeiten die Soldaten glaubten, wie im Feindesland hausen zu müssen. Für die Bevölkerung war dies eine sehr harte Last, denn der Bauer verfügte ohnedies kaum über das nötige Futter, um das eigene Vieh durchbringen zu können.

Inzwischen waren die Befehle Nr. 1 und 2 der Sowjet-Ortskommandantur vom 1.8. erschienen, die im wesentlichen besagten, daß alle Anordnungen des Ortskommandanten der Roten Armee für die Bevölkerung bindend seien und Gesetzeskraft haben. Alle Gesetze, die nach dem 13.3.1938 erlassen wurden, seien aufgehoben. Der Bürgermeister wurde mit der Ausübung der zivilen Gewalt beauftragt. Ausdrücklich wurde angeordnet, daß die Handels- und Industrieunternehmungen ihre Tätigkeit fortzusetzen hätten, wie die Arbeiter,

x) westlichsten

Laufe

Bauern, Handwerker ihre Arbeit fortzusetzen und in ihren Wohnungen zu verbleiben hatten. Kliniken, Krankenhäuser und kommunale Einrichtungen seien im Interesse der Bevölkerung wieder in Betrieb zu setzen. Die NSDAP wurde für aufgelöst erklärt, den einzelnen Mitgliedern wurde kundgetan, daß sie für ihre Parteizugehörigkeit nicht verfolgt würden, sofern sie sich der Roten Armee gegenüber loyal verhielten.

Selbstverständlich erfolgte auch der Befehl der Ablieferung von Kriegsgeräten aller Art. Der Straßenverkehr wurde bis zum Einbruch der Dunkelheit gestattet. Später wurde der nächtliche Straßenverkehr auf Grund von Passierscheinen, die von der Kommandantur ausgestellt wurden, erlaubt.

Es konnte nicht anders sein, als daß einige Anordnungen der Kommandantur undurchführbar waren. So zum Beispiel die Aufhebung aller nach dem 13. März 1938 erlassenen Gesetze. Mußten doch Möbelbeschlagnahmungen, Wohnungsangelegenheiten und ähnliche Maßnahmen nach dem Reichsleistungsgesetz oder dem Wohnungsanforderungsgesetz oder anderen Gesetzen durchgeführt werden, die aus der vergangenen Ära stammten, denn solche Maßnahmen mußten eine gesetzliche Grundlage haben. Solche Umstände mußten den anordnenden Organen der Besatzungsmacht vorgetragen werden. Hiezu ist zu vermerken, daß die Machthaber solchen Vorstellungen zugänglich waren, wenn sie entsprechend argumentiert wurden und wenn auf der Abänderung undurchführbarer Anordnungen mit Offenheit und Festigkeit bestanden wurde. Die Besatzungsorgane bedienten sich bei der Durchführung ihrer Wünsche und Befehle fast ausschließlich des Bürgermeisters, selbst dann, wenn dieser auf Grund der österreichischen Verwaltungseinteilung nicht zuständig war. Die Sowjets betrachteten den Bürgermeister als für alle Verwaltungszweige zuständig, aber auch als verantwortliches Haupt.

Inzwischen war die schwierigste Aufgabe, der Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Häuser, Anlagen und Objekte aller Art in Angriff zu nehmen. Schwierig war diese Aufgabe deshalb, weil die Beschaffung des Materials schier unmöglich war und ferner

aus dem Grunde, weil ein immer mehr zunehmender Mangel an Arbeitskräften eintrat. Die Organisationen, die das abgetane Regime für solche Fälle geschaffen hatte, waren zerschlagen. Die vielen ausländischen Arbeitskräfte, die in der überwiegenden Zahl zwangsweise in den großen Rüstungsbetrieben und sonstigen größeren und kleineren Betrieben in Arbeit gestanden hatten, werden nach und nach in ihre Heimat geschafft, unter den Hunderttausenden Flüchtlingen und umgesiedelten Volksdeutschen befanden sich viele Greise, Frauen und Kinder, aber verhältnismäßig wenig geschulte Arbeiter, da diese Massen ja zumeist in industriell niedrig stehenden Gebieten ansässig gewesen waren. Wenn der darin enthaltene verhältnismäßig starke Teil trotz ihrer bisherigen landwirtschaftlichen Tätigkeit auch einen sehr starken Drang ihrer Unterbringung in der Industrie zeigten, so war dennoch eine Erleichterung in der Not an Arbeitskräften nicht zu verspüren. Dies galt ganz besonders für Fachleute im Bauwesen, Maurer, Zimmerleute, Tischler, Spengler und dergleichen. Dabei ist zu erinnern, daß zu jener Zeit die Schwerindustrie, Stickstoff- und Eisenwerke, noch nicht wieder in Betrieb waren, daß dort lediglich an der Beseitigung der immensen Bombenschäden gearbeitet wurde. In der Stadt konnte selbst die geringe Menge des schwer beschafften Baumaterials kaum aufgearbeitet werden, weil zu wenig Maurer, Dachdecker und Zimmerleute zur Verfügung standen. Ein weiterer Übelstand zeigte sich darin, daß viele kleine Handwerker die starke Nachfrage nach Bedarfsartikeln des Haushalts glaubten ausnützen zu müssen, so daß wohl Schemmel, Bilderrahmen und ähnliches Zeug entstand - zumeist aus halbtrockenem Holz - aber es war sehr schwierig Türen, Fensterrahmen und Fensterstöcke zu bekommen. Es ist hervorzuheben, daß einzelne Unternehmungen, so die Holzbauwerke Schaffer, der Tischlermeister Schachinger und wenige andere, sich um den Wiederaufbau in dieser kritischen Zeit sehr verdient gemacht haben, da sie den Verlockungen einer sonderbaren Konjunktur ausgewichen sind. Waren doch in diesen Zeiten die Schaufenster voll mit Schachteln, Bilderrahmen und derlei überflüssigem Kram, das von einem Publikum, welches sein Geld weder für Lebensmittel noch Bekleidung auszugeben

in der Lage war, sehr begehrt wurde. Die Preise für diese Erzeugnisse waren übermäßig hoch.

Die Trennung des Stadtteiles Urfahr von der bisherigen großen Verwaltungseinheit wirkte sich wie fast überall in jenen Zeiten auch in der Beschaffung des Materials für den Wiederaufbau zerstörter oder schwer beschädigter Objekte sehr nachteilig aus. So sehr sich die Linzer Stadtväter auch bemühten, den abgetrennten Teil nicht vernachlässigen zu lassen, so ergaben sich dennoch in der Verteilung allerlei Schwierigkeiten.

Nachdem eine Abteilung des Stadtbauamtes Linz in Urfahr in den leeren Räumen des Hauses Freistädterstraße 10 untergebracht war, unternahm diese Abteilung alle Bemühungen, um den Wiederaufbau zu betreiben.

Die Abteilung Tiefbau, Baupolizei und Baubezirksstelle II und VIII begann ihre Tätigkeit. Der wieder ins Leben gerufene Bauhof in Urfahr, dessen Einrichtung zum größten Teil schon während der Kriegszeiten stark vermindert worden war, stand fast leer, denn die Restbestände an Material waren in den ersten Tagen nach dem Kriege geplündert worden.

Vorerst wurde die Straßenreinigung und die Kehrichtabfuhr neu organisiert, welche Aufgaben bei dem fast gänzlichen Mangel an Geräten und Fuhrwerken schon erhebliche Schwierigkeiten bereitete. Wie in allen Belangen haben in diesen turbulenten Zeiten die Mandatäre und Bediensteten vom Bürgermeister angefangen ihre Tatkraft voll eingesetzt und es ist bei diesen außergewöhnlichen Verhältnissen gelungen, aus einem buchstäblichen Nichts einen verlässlichen und mit einem den Umständen angemessenen erfolgreichen Verwaltungsapparat zu schaffen. Sobald die Bevölkerung merkte, daß der Apparat zu arbeiten begann, wurde er auch schon in ausgedehnter Weise in Anspruch genommen. Es gab fast kein Haus, in dem nicht irgend ein kleinerer oder größerer Kriegsschaden eingetreten war. Das Begehren der Bevölkerung mußte mit sehr viel Umsicht und Geduld behandelt werden, die Maßnahmen waren ihrer Dringlichkeit nach gerecht abzuwägen, um den Bedürftigsten zuerst helfen zu können. Im allgemeinen zeigte die

Bevölkerung sehr viel Verständnis für die durch die Zonenabgrenzung geschaffene Lage. Langsam schritt der Aufbau fort, aber es wurde Ziegel auf Ziegel und Stein auf Stein gesetzt und solcherart schritt die Beseitigung der Kriegsschäden fort. Urfahr zählte damals 2.148 durch Bomben und Artilleriebeschuß getroffene Häuser. Hievon waren 99 total zerstört, 637 mittel und 1.299 leicht beschädigt; gleich zu Anfang wurden 47 Baubewilligungen und bauwirtschaftliche Genehmigungen für größere Wiederaufbauarbeiten erlassen.

Für 120 leicht beschädigte Objekte wurde die Genehmigung zu den unbedingt erforderlichen Instandsetzungsarbeiten gegeben. Dies erforderte einen Aufwand von 110.000 Arbeitsstunden.

Am Kanalnetz waren 17 schwere und eine Unzahl leichtere Schäden zu beseitigen, ebenso eine sehr große Anzahl von Rohrbruchstellen der Wasserleitung.

Dem Bauhof oblag als Hauptaufgabe vorerst einmal die Beseitigung von 7.300 m<sup>3</sup> Schutt aus den Häusern und von den Straßen. Die dringlichsten Straßenausbesserungen verbrauchten 120 Tonnen Teermakadammasse. Es wurde veranlaßt, daß 400 Festmeter Nutzholz, die noch an den Schlägerungsstellen lagerten, herangeführt und im Bauhof für den Wiederaufbau zugerechnet wurden.

Das Vorhandensein von Baumaterial bei deutschen Firmen, die während des Krieges mit der Durchführung von Bauarbeiten aller Art befaßt waren, bewog die Verwaltung sich um dieses Material zu bemühen.

Die Firmeninhaber waren nach Deutschland zurückgekehrt, die Arbeiten wurden nicht mehr ausgeführt. Um das Baumaterial - soweit es noch vorhanden war - sicherzustellen und nützlicher Verwendung zuzuführen, wurde erwogen, dieses quasi herrenlose Material zu beschlagnahmen und ein Verfügungsrecht zu erlangen, wenn die gesetzlichen Bestimmungen einen solchen Vorgang nicht zuwider waren.

Ein besonderes Augenmerk wurde auf die Beseitigung von Unrat, Schutt und Abfällen gelegt, die sich infolge der Kriegs-

einwirkungen auf den Straßen, Höfen der Häuser und Splittergräben angesammelt hatten. Es ist daran zu erinnern, daß die in normalen Zeiten so gut arbeitende Kehrichtbeseitigung eine längere Zeit hindurch ausgefallen war. Die Gefahr der Entstehung von Seuchenherden war groß.

Die Kehrichtabfuhr wurde wieder in Gang gesetzt, und zwar weil der langjährig bewährte Apparat des Wirtschaftshofes plötzlich für den Stadtteil Urfahr abgebunden war, durch Einsatz von 7 Mann des Bauhofes Urfahr mittels provisorisch eingesetzter Fahrzeuge, die natürlich die hygienischen Voraussetzungen, die diesem Belange vorgeschrieben waren, nicht erfüllen konnten, aber es konnte solcherart durch Beseitigung des laufenden Kehrichtanfalles das größte Übel beseitigt werden.

Für die Straßensäuberung waren 17 Mann eingesetzt, an die Wegräumung des Bauschuttes war vorerst nicht zu denken.

Infolge der Schäden am Kanalnetz traten nach schweren Regenfällen Unterwasser samt Exkrementen an die Straßenoberfläche.

Ganz besonders schwer war die Beschaffung von Fensterglas. Die Anforderungen waren enorm. Denn auch selbst bei weit entfernten Bombeneinschlägen litten in erster Linie die Fenster, trotz aller gebotenen und angewendeten Vorsichtsmaßnahmen. Die Stadtverwaltung war in erster Linie besorgt um die Beschaffung von Fensterglas für die Schulgebäude. Der Winter stand vor der Tür, unter den gegebenen Umständen wußte man nicht, wie das fehlende Fensterglas beschafft werden konnte. Der Schulbetrieb war dadurch in Frage gestellt.

Eine parallele Angelegenheit war die sehr notwendige Säuberung der Schulräume von Ungeziefer; selbstverständlich konnte eine Vergasung der Schulräume bei zerbrochenen Fensterscheiben nicht durchgeführt werden. Die Verwaltung setzte alle Bemühungen daran, Glas für Fensterscheiben aufzutreiben, da Fensterglas bisher fast ausschließlich aus Böhmen geliefert wurde.

Vorausschauend wurde die Beschaffung des Winterbrennbedarfes für die Bevölkerung, für Ämter, Schulen und Anstalten aller Art rechtzeitig geplant, da sich ja in der Stadt so gut

wie kein Brennholz befand, Kohle war ein völlig fremder Begriff geworden. Es gibt einen kargen Begriff von der Leistung, wenn allein in den Abteilungen des Bauamtes innerhalb fünf Monate 7.500 Parteienbegehren erledigt wurden, Vorsprachen und Auskünfte nicht gerechnet.

Die Forderungen der Besatzung wirkten sich in einer starken Hemmung des planmäßig vorbereiteten Aufbaues aus. Von dieser Seite kamen zahlreiche Arbeitsaufträge, die zur Befriedigung des Bedarfes der Sowjetarmee gehörten, jedoch schätzungsweise die Hälfte der damaligen Arbeitsleistung an Bauten verbrauchten. Dieser Zustand besserte sich erst im Laufe der folgenden Monate.

Wenn man beobachtete, mit welcher Geschwindigkeit und von einzelnen Fällen abgesehen, wenn sie auch unangenehm waren, mit welcher Reibungslosigkeit täglich 12.000 bis 13.000 Urfahrer durch die Brückensperre geschleust wurden, dann kann man sich irgendwie vorstellen, was es in den ersten Tagen der Trennung bedeutete, wenn man für jede einzelne Person um die Ausstellung eines Passierscheines einkommen mußte, denn ein solcher wurde nur bei Angabe wichtiger und dringender Betätigung ausgestellt.

Die Sorgen der Urfahrer Stadtverwaltung waren aber nicht nur auf das Stadtgebiet selbst beschränkt. Es galt auch das auswärts befindliche Eigentum vor Schaden zu bewahren, so weit dies unter den Umständen überhaupt durchführbar war. Die Stadtgemeinde besitzt seit langer Zeit das Schloß Windhaag bei Perg, in dem ein Kindererholungsheim eingerichtet und mit viel Mühe und Kosten ausgestattet worden war. Die Sowjets hatten das gesamte Inventar abtransportiert, vorgeblich mit der Begründung, daß es sich um Eigentum deutscher Behörden handle.

Verhältnismäßig gut ausgerüstet und in bewährter organisatorischer Verfassung befand sich der Teil der städtischen Feuerwehr Linz, denn nun übernahm diese auch den Feuerschutz des Stadtteiles Urfahr. Die Lokalitäten befanden sich in gutem Zustand, die Wachstation war mit 25 Männern in 24-stündigem Wechseldienst besetzt. An Löschgeräten standen zwei Löschfahrzeuge und

ein Schlauchwagen zur Verfügung. Gegebenenfalls konnten die freiwilligen Feuerwehren Pöstlingberg und Haselgraben mit je einem eine Tragspritze führenden Löschgerät eingesetzt werden. Die vorhandenen Wasserwehrfahrzeuge waren nach dem Einmarsch der Besatzungstruppen bei Kriegsende abhanden gekommen, die Betreuung der Wasserwehr wurde der Linzer Zentral übertragen.

Die Militärkommandantur trat an die Stadtgemeinde mit der Forderung der Errichtung eines Friedhofes für verstorbene Soldaten der Roten Armee heran. Es war geplant, zu diesem Zwecke an den am Fuße des Pöstlingberges bestehenden Soldatenfriedhofe eine Parzelle anzugliedern. Diese Absicht war jedoch wegen Platzmangels nicht durchführbar. Ein Vorschlag des Bürgermeisters, die Krematoriumanlage zu benützen, fand den Beifall der Besatzung, wobei die uneingeschränkte Bewunderung für die schöne Anlage des Urnenhaines ausgesprochen wurde.

Die Unterbringung von Nebenstellen mancher Ämter, die sonst zentral in Linz wirkten, wurde durchgeführt, so war es auch unter anderem notwendig geworden, die Ortskrankenkasse und die landwirtschaftliche Krankenkasse in Urfahr unterzubringen.

Um die Normalisierung der früheren Zustände wieder einzuführen, wurde erwogen, den traditionellen Urfahrer Markt wieder zur Geltung zu bringen. Die bekannten Marktfieranten erhielten eine Einladung zur Beteiligung und haben derselben bereitwilligst entsprochen. Dies darf mit dem Vermerk versehen werden, daß diese verhältnismäßig bescheidene Kaste von Unternehmern sehr an dem uralten Herkommen hängt. Veranstaltungen in den nachfolgenden Jahren haben gezeigt, daß die Marktfieranten, die seit einer langen Reihe von Jahren den Markt beschickt haben, demselben in einer seltenen Treue anhängen, was für gewisse, vielleicht schlummernde Komplexe ein aufschlußreiches Beispiel liefert.

Um die Not der damaligen Zeit zu beleuchten, kann ausgeführt werden, daß um die Beschaffung eines Dienstfahrrades für das Gesundheits- und das Wohnungsamt der ganze Einfluß des Bürgermeisters und Stadtrates zur Erlangung eines solchen Begehrens notwendig war.